

1 **Antrag Nr. G 1**

2
3
4 **Antragsteller: Bezirksvorstand/Forum Europa**

5
6
7 **Änderung und Ergänzung des Bremer Entwurfs für**
8 **ein Grundsatzprogramm der SPD „Soziale Demokra-**
9 **tie im 21. Jahrhundert – Kapitel „Das soziale und**
10 **demokratische Europa“**

11
12 Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:

13
14 An den ordentlichen Bundesparteitag der SPD vom 26. bis 28. Ok-
15 tober 2007 wird folgender Antrag gestellt:

16
17 Das Kapitel 4.2. "Das soziale und demokratische Europa" des Bre-
18 mer Entwurfs für das neue Grundsatzprogramm der SPD "Soziale
19 Demokratie im 21. Jahrhundert" soll wie folgt geändert werden:

- 20
21 1. Nach dem ersten Satz soll der Satz "Unser Ziel sind die Ver-
22 einigten Staaten von Europa" eingefügt werden (Seite 22, Zei-
23 le 15).
24
25 2. Im Unterkapitel "Das soziale Europa" soll der Satz: "Wir wol-
26 len einen Sozialen Stabilitätspakt zwischen den europäischen
27 Staaten." eingefügt werden (Seite 23, Zeile 54). Der Bezug auf
28 Korridore für Sozial- und Bildungsausgaben soll gestrichen
29 werden (Seite 24, Zeilen 23 bis 27).
30
31 3. Der Satz "Wer im europäischen Ausland arbeiten will, soll
32 durch die Sozialsysteme nicht daran gehindert werden" (Seite
33 24, Zeile 27) soll ersetzt werden durch: " Jeder Bürger Euro-
34 pas muss die Möglichkeit haben, in jedem Land der EU zu ar-
35 beiten und zu leben, ohne dass dadurch soziale Rechte und
36 die soziale Absicherung eingeschränkt werden." Entsprechend
37 dem Sinnzusammenhang soll er am Ende des zweiten Absat-
38 zes des Unterkapitels "Das soziale Europa" stehen (Seite 24,
39 Zeile 5).
40
41 4. Die Formulierung, dass Löhne und soziale Standards nicht
42 sinken dürfen, um den Zusammenhalt in Europa zu gewähr-
43 leisten, soll geändert lauten: "Den Zusammenhalt in Europa
44 können wir nur dann gewährleisten, wenn auch in den wirt-
45 schaftlich schwächeren mittel- und osteuropäischen Ländern
46 die Löhne steigen und sich soziale Standards verbessern."
47 (Seite 24, Zeile 47).
48

Antragskommission:

49 5. Die Forderung nach Einführung Existenz sichernder Min-
50 destlöhne soll ersetzt werden durch den Satz: "Wir wollen E-
51 xistenz sichernde Einkommen für alle Beschäftigten in Euro-
52 pa" (Seite 24, Zeile 48).

53
54 Begründung:

55
56 Zu 1.: Unser Grundsatzprogramm ist der Ort, um sozialdemokrati-
57 schen Zielen – auch sehr fern erscheinenden – einen Namen zu
58 geben. Für Europa heißt dieses: die Vereinigten Staaten von Euro-
59 pa. An diesem langfristigen Ziel wollen wir ausdrücklich festhalten.

60
61 Wir bekennen uns damit zu unserer weitsichtig und mutig im Hei-
62 delberger Programm (1925) formulierten Konsequenz aus dem I.
63 Weltkrieg und zu den Erfolgen der europäischen Integration nach
64 der großen europäischen Zäsur des Jahres 1945. Mit der Vision der
65 Vereinigten Staaten von Europa verbindet sich weder ein Bundes-
66 staat nach dem Vorbild der USA noch ein europäischer Superstaat.
67 Wie auch immer ein vereintes Europa am Ende aussehen wird: Für
68 uns gibt es keine Alternative zu einer fortschreitenden Vertiefung
69 der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Integration
70 Europas. Die Europäische Union als historisch einzigartiger und
71 beispiellos erfolgreicher Zusammenschluss von Staaten zeigt den
72 einzig Erfolg versprechenden Weg auf, Globalisierung zu gestalten.
73 D.h. für uns Europa als einen Raum zu entwickeln, der sich an den
74 zentralen sozialdemokratischen Werten orientiert: Freiheit, Gerech-
75 tigkeit und Solidarität.

76
77 Die SPD als erste deutsche Europapartei muss wieder zur treibenden
78 Kraft europäischer Integration werden. Nur durch ein noch engeres
79 und effektiveres Zusammengehen der europäischen Staaten in allen
80 politischen Bereichen können wir die Herausforderungen von Gegen-
81 wart und Zukunft bestehen: die Globalisierung, die Verknüpfung von
82 Wettbewerbsfähigkeit und sozialem Fortschritt, den demographischen
83 Wandel, die Sicherung der natürlichen Ressourcen, den technologi-
84 schen Wandel, die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus.

85
86 Zu 2.: Unser Ziel ist ein starkes soziales Europa. Dafür brauchen wir
87 moderne, leistungsfähige und vorsorgende Wohlfahrtsstaaten statt ei-
88 nes sozialen Unterbietungswettlaufs zwischen den europäischen Staa-
89 ten. Europa als sozialen Raum zu sichern und zu entwickeln, ist eine
90 der großen Herausforderungen unserer Zeit. Globalisierung und wirt-
91 schaftliches Wachstum ziehen nicht automatisch soziale Entwicklung
92 nach sich.

93
94 Sozialen Fortschritt in ganz Europa können wir nur erreichen, wenn al-
95 le Staaten sich auf dieses Ziel verpflichten. Die Offene Methode der
96 Koordinierung in der Sozialpolitik und die Europäische Beschäfti-
97 gungsstrategie können das nicht leisten. Wir schlagen deshalb ein
98 neues, verbindliches Instrument vor: den Sozialen Stabilitätspakt.

99
100 Der Soziale Stabilitätspakt verpflichtet die einzelnen Staaten, mit stei-
101 gendem Wohlstand ihre Sozialausgaben zu erhöhen. Dafür legt der
102 Pakt verbindliche Korridore fest, in denen sich die Sozialstaatsquoten
103 der EU-Staaten in Abhängigkeit von ihrer jeweiligen wirtschaftlichen
104 Leistungsfähigkeit bewegen sollen. Die Idee für einen Sozialen Stabili-

Antragskommission:

105 tätspakts gründet auf der empirischen Erkenntnis, dass in entwickelten
106 westlichen Industriestaaten der Anteil der Sozialausgaben am Bruttoin-
107 landsprodukt umso höher ist, je größer der nationale Wohlstand ist.

108
109 Die Vorteile eines Sozialen Stabilitätspakts liegen auf der Hand: Er
110 verpflichtet die Staaten auf soziale Entwicklung, ohne ihre Leistungsfä-
111 higkeit zu überfordern. Damit hätten die wirtschaftlich schwächeren
112 und schwächsten Länder die Chance, ihre Wettbewerbsvorteile für den
113 Aufholprozess zu nutzen. Gleichzeitig wären sie verpflichtet, ihre Sozi-
114 alstaatlichkeit parallel zu ihrer wirtschaftlichen Entwicklung schrittweise
115 an das Niveau der alten EU-Mitglieder heranzuführen. Der Soziale
116 Stabilitätspakt hätte zudem den Vorteil, dass er den Staaten keine
117 Vorgaben zur Gestaltung ihrer Sozialsysteme macht und nicht darauf
118 abzielt, die sehr unterschiedlichen, historisch gewachsenen Wohl-
119 fahrtssysteme zu vereinheitlichen.

120
121 Mit der Forderung nach einem Sozialen Stabilitätspakt unterstreichen
122 wir unseren Anspruch, die Stärkung der sozialen Dimension Europas
123 mit innereuropäischer Solidarität zu vereinen. Jenseits von schöner
124 Rhetorik artikulieren wir damit deutlich unseren Gegenentwurf zu neo-
125 liberalen Vorstellungen von Europa.

126
127 Zu 3.: Die Bürger der EU haben das Recht, in jedem Land der EU zu
128 arbeiten oder sich niederzulassen. Arbeitnehmerfreizügigkeit und Nie-
129 derlassungsfreiheit sind herausragende Errungenschaften der europäi-
130 schen Integration und tragende Säulen des Binnenmarkts. Diese
131 Grundfreiheiten wurden bereits in den Verträgen zur Gründung der Eu-
132 ropäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1957) festgeschrieben. Sie wer-
133 den in absehbarer Zeit auch für die Bürgerinnen und Bürger der neuen
134 mittel- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten uneingeschränkt gelten.

135
136 Mit der von uns vorgeschlagenen Formulierung betonen wir den hohen
137 Stellenwert dieser Grundfreiheiten. Die Möglichkeit, in jedem europäi-
138 schen Land zu arbeiten und zu leben, entspricht unseren sozialdemo-
139 kratischen Vorstellungen von individueller Freiheit und Entfaltungsmög-
140 lichkeit. Es ist die Pflicht europäischer und nationaler Politik, den Men-
141 schen innerhalb der EU Mobilität zu ermöglichen, ohne dass ihre sozia-
142 len Rechte und ihre soziale Absicherung dadurch eingeschränkt wer-
143 den. Die Rahmenbedingungen dafür müssen dringend verbessert wer-
144 den.

145
146 Zu 4.: Unser Ziel sind bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für
147 Arbeitnehmer überall in Europa. Dafür muss der Aufholprozess der
148 wirtschaftlich schwächeren Länder, vor allem der neuen mittel- und
149 osteuropäischen Staaten, gelingen. Deswegen liegt es in unserem In-
150 teresse, dass die Löhne dort steigen und sich die sozialen Standards
151 erhöhen. Von einer stärkeren Wohlfahrt in diesen Ländern profitieren
152 Arbeitnehmer diesseits und jenseits unserer Grenzen. Ein hohes Maß
153 an Wohlstand und sozialer Absicherung sind Voraussetzung für den
154 langfristigen sozialen Zusammenhalt in Europa.

155
156 Die Forderung, dass Löhne und Standards nicht sinken dürfen, ist de-
157 fensiv. Hinter der Formulierung im Bremer Entwurf steht zudem die
158 Tendenz, billigeren Arbeitskräften und niedrigeren Steuersätzen in an-
159 deren Staaten der EU für den gestiegenen Druck auf unsere Sozialsys-
160 teme verantwortlich zu machen. Wir Sozialdemokraten müssen uns

Antragskommission:

161 davor hüten, ein diffuses Gefühl von Angst und existentieller Bedro-
162 hung zu bedienen, das Entsolidarisierung und Renationalisierung Vor-
163 schub leistet. Vielmehr müssen wir zusammen mit den Gewerkschaf-
164 ten daraufhin wirken, dass Arbeitnehmer innerhalb der EU nicht ge-
165 geneinander ausgespielt werden.

166
167 Zu 5.: Unser Ziel sind auskömmliche, gesicherte Einkommen für alle
168 Beschäftigten in Europa. Wer in Vollzeit arbeitet, soll damit auch
169 seinen Lebensunterhalt bestreiten können, ohne auf zusätzliche
170 staatliche Unterstützung angewiesen zu sein.

171
172 Den im Bremer Entwurf an dieser Stelle formulierten Wunsch nach
173 Einführung Existenz sichernder Mindestlöhne finden wir jedoch nicht
174 angemessen. Von den 27 EU-Mitgliedsstaaten verfügen bereits 20
175 Staaten über Mindestlöhne, einige davon seit vielen Jahrzehnten.
176 Deutschland ist eines der wenigen Länder, in denen die Debatte
177 über Mindestlöhne erst in den letzten Jahren an Dynamik gewonnen
178 hat. Zudem war und ist es unser Anspruch als mitregierende SPD,
179 noch in der laufenden Wahlperiode eine angemessene Mindestlohn-
180 regelung in Deutschland durchzusetzen. Die Forderung nach Ein-
181 führung von Mindestlöhnen wäre damit auch für Deutschland über-
182 holt.

183
184 Darüber hinaus sollte es jedem Mitgliedsstaat unbenommen blei-
185 ben, auf welchem Wege er Existenz sichernde Einkommen für
186 seine Arbeitnehmer erreicht, ob durch einen einheitlichen Min-
187 destlohn, durch branchenspezifische Mindestlöhne oder durch
188 eine negative Einkommenssteuer. Nicht auf das Instrument
189 kommt es an, sondern auf die effektive Umsetzung des Ziels.
190

Antragskommission: